

chemie info

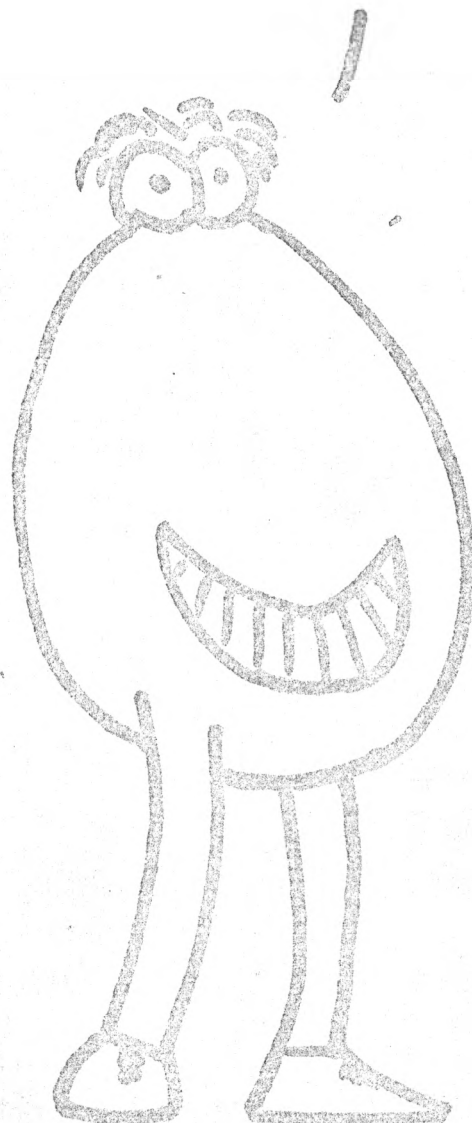
Herausgeber: Fachschaftsvertretung
und Basisgruppe Chemie

Nr. 20

Juni 1977

Ei, Ei, Ei,

DIESE EIERKÖPFE



Wahl

nummer

Inhaltsverzeichnis:

- S. 3: Rechenschaftsbericht der Fachschaft
- S. 5: Rechenschaftsbericht Fachbereichsrat 7
- S. 7: Rechenschaftsbericht Fachbereichsrat 8
- S.11: Rechenschaftsbericht Fachbereichsrat 9
- S.14: Kandidatenliste
- S.15: Plattform der Chemielehrergruppe
- S.19: Hochschuldidaktische Gespräche: Orientierungseinheit
- S.20: Zur vds-mv
- S.22: HRG und Streikfront



Wohl bekomm's,
das Sommersemester '77

An den Kompaniechef
1./Nachschubbataillon 5

Student '78?



Wir, die Chemielehrergruppe am Fachbereich 7,8,9 an der Technischen Hochschule Darmstadt haben mit Empörung erfahren, daß Schütze Schumacher, ehemals Studentenvertreter, mit einer Disziplinarstrafe wegen seiner Teilnahme in Uniform an der diesjährigen 1.Mai-Demonstration belegt wurde. Die Teilnahme an politischen und gewerkschaftlichen Veranstaltungen ist unserer Meinung nach ein unverzichtbares Recht für jeden Menschen, der in Beruf und Ausbildung steht. Wir wenden uns gegen jede Art von Bestrafung, die die Ausübung dieses elementaren Rechts zu unterdrücken versucht. Diese Maßnahmen lassen den Eindruck entstehen, daß sich die Bundeswehr gegen die Interessen der arbeitenden und lernenden Bevölkerung richtet. Wir fordern Sie auf, die Disziplinarmaßnahme gegen den Schützen Jörg Schumacher sofort rückgängig zu machen.

Rechenschaftsbericht der Fachschaftsvertreter der FB 7,8 und 9

Juni 76 bis Mai 77:

Das Wetter:

Selten heiter, meist bewölkt. Schauerartige Niederschläge der Studentenschaft, die wiederum viele Leute aufs Glatteis führt. Eitel Sonnenschein bei kaum jemandem.

Das Sturmtief über den Fachhochschulen verlagert sich langsam auf alle deutschen Hochschulen. Es ist mit orkanartigen Böen zu rechnen. Die Temperaturen sinken aufgrund des mehr als eisigen Verhältnisses zur Studentenschaft auf Werte um den absoluten Nullpunkt.

Weitere Aussichten: unfreundlich und für die Jahreszeit zu kühl.

Doch nun zum Thema:

Juni: Rundbrief der Fachschaft und Basisgruppe Chemie an alle Chemiefachschaften in Deutschland wegen des bundesweiten Streiks gegen das HRC. Resonanz dürftig (drei Briefe).

Versuch einer Aufnahme regelmäßiger Kontakte mit Auszubildenden der Firma Merck (gescheitert).

Unterstützung und Teilnahme an der VDS-Demo in Bonn.

Juli/August: Vorbereitung des Erstsemester-Infos für WS 76/77.

Chemie-Info nr.17 mit Veröffentlichung des neuesten Hafnerbriefs.

Sept.: Brief an IG-Chemie wegen der vorläufigen Aussetzung gewerkschaftlicher Jugendgruppenstunden bei Merck.

Oktober: Erstsemester-Info, Studienberatung für Erstsemester.

Wandzeitung zum Thema Mensapreiserhöhung. Teilnahme an Aktionen gegen das 2,50-Essen. Flugblätter zum gleichen Thema.

Erforschung der Mensapreise seit 1967.

Brief aus Anlaß der Personalversammlung der Hochschulbediensteten zum obigen Thema.

November: Chemie-Info nr.18. Vollversammlung über Bafög, Mensa, Studienbedingungen. Teilnahme an der Sendung "Notitzen für Studenten" des Hessischen Rundfunks.

VDS-Aktionstage.

Wiedereinführung regelmäßiger Fachschaftsvertreterversammlungen aller Fachschaften an der TH.

Auf Intervention der Fachschaft nimmt Prof. Elschner drei nachträglich erteilte 5en von Physikvordiplom-Wiederholern zurück.

Dezember: Durchführung eines zweitägigen Solidaritäts- und Warnstreiks.

Chemie-Info nr.19; Veröffentlichung einer "Orientierungseinheit" für das erste Semester.

Solidaritätsadresse an Schüler der Alice-Eleonoren-Schule anlässlich ihres Streiks.

Durch unermüdlichen Einsatz ist es uns gelungen, auch dieses Jahr das Weihnachtsfest am 24.12. stattfinden zu lassen!

Januar: Vollversammlung zum Thema Orientierungseinheit, Mensa, HRG.

Beginn der Einrichtung des zweiten der uns zustehenden drei Fachschaftsräume auf der Lichtwiese (trotz intensiver Bemühungen immer noch Provisorium).

Februar: Urabstimmung über Mensaboykott (bei Erhöhung aller Essenspreise): zu geringe Wahlbeteiligung.

Teilnahme an einer Fachtagung "Studieneingangsphase Chemie" in Hamburg.

Vorbereitung des Erstsemester-Infos für SS 77.

Prof. Münzel bestellt Studenten aus dem ersten Semester nach einer Klausur zu sich, um den Verdacht auf Abschreiben zu klären. Nach Einspruch der Fachschaft nimmt er die wegen dieses "Gesprächs" vorgenommenen Punktabzüge zurück.

März: Erstsemester-Info; Studienberatung: findet leider wenig Resonanz bei den Erstsemestern.

April: Erstsemesterberatung.

~~Student~~ Student aus dem 2.Semester besteht die Wiederholung des Abschlußkolloquiums bei Prof. Grobe nicht. Maßnahmen sind eingeleitet. Ein gerichtliches Vorgehen wird erwogen.

Ostern..... siehe Weihnachten!

Mai: Großes Basisgruppenfest (feste feiern!)

Planung einer Informationsveranstaltung mit Angehörigen der Gewerkschaft.

Kampf gegen Bestrebungen zur Schließung des Fachschaftsraumes im Zintl.

Erfolgreiche Werbung um neue Kandidaten für die Fachschaft.

Neueste Taten:

Juni: Wahl-Info

Das Allerletzte:

In einem spielerisch und kämpferisch hervorragenden Spiel erreichte der Fußballverein "Gute Luise Darmstadt" bei einer Auswahl der heppenheimer Jusos ein glänzendes 7:7 Unentschieden.

Dem neugegründeten Fußballverein gehören an: Fachschaftler, Basisgrüpler und Sympatisanten.



RECHENSCHAFTSBERICHT FACHBEREICHSRAT 7

Vor ca. 2 Jahren gign die Liste "Basisgruppe Chemie und Unabhängige" mit unklaren und uneinheitlichen Vorstellungen in den Fachbereichsrat 7. Es zeigte sich, daß von den studentischen Vertretern oft nicht mehr geschah als das Absitzen der Fachbereichsratssitzungen. Von den auf der Liste kandidierenden Doktoranden und Diplomanden wurde ihre Funktion so verstanden, daß sie an bestimmten Punkten dazu beitrugen, die wissenschaftlichen Mitarbeiter gegenüber Fachbereich, Hochschule und Ministerium zusammenzuschließen.

In diesem Zusammenhang sind vor allem folgende Punkte zu nennen:

- 1) Die arbeitsrechtliche Stellung der Doktoranden und die Höhe der Bezahlung
- 2) Die Zeitdauer und Aufgabenstellung der Diplomarbeiten zu 1): In der Regel werden die Doktoranden am Fachbereich 7 mit einer Halbtagsstelle oder einer vollen Planstelle vergütet. Die Mittel für die Halbtagsstellen werden entweder aus dem Hiwi-Fonds des Fachbereichs oder aus Drittmitteln (DFG) aufgebracht. Die Sparmaßnahmen der Landesregierung für 1976 sollten nach dem Willen der Professoren voll auf die wissenschaftlichen Beschäftigten abgewälzt werden: Die Bezahlung der Hiwi-Bediensteten sollte reduziert werden. Dies haben wir durch eine Unterschriftensammlung, Mitarbeiterversammlungen und energisches Eingreifen der Öffentlichkeit der wissenschaftlichen Mitarbeiter in die Fachbereichsratssitzung verhindert. Mittlerweile wird jedoch versucht, durch kurzfristige (3- und 6-monatige) DFG-Privatdienstvertrge oder Nichtbezahlung auf kaltem Wege die Reduzierung der Vergütung durchzusetzen. Dies zeigte uns, daß dies Problem nicht am Fachbereich allein zu lösen ist, sondern mit allen Beschäftigten an der Hochschule gemeinsam angegangen werden muß. Es entwickelte sich eine Zusammenarbeit mit dem Per=

sonalrat, mit dem wir durch eine Fragebogenaktion und auf einer Versammlung aller Chemie-Doktoranden Forderungen aufstellten. Diese sind im Programm der wissenschaftlichen Mitarbeiter zur Fachbereichsratswahl 1977 enthalten.

zu 1): Die Dauer der Diplomarbeiten im Fachbereich 7 liegt immer noch bei durchschnittlich 9 Monaten, während an sich 6 Monate vorgesehen sind. Im Mittel halten also die Professoren eine unbezahlte Arbeitskraft 3 Monate länger als vorgesehen. Dies hat folgende Gründe:

a) Ein Teil der Professoren ist offensichtlich erst bereit, eine annehmbare Note für die Arbeit zu erteilen, wenn die Ergebnisse reif sind für die Veröffentlichung in einer wissenschaftlichen Fachzeitschrift.

b) Bei einem anderen Teil der Professoren sind die Arbeiten inhaltlich und apparativ mangelhaft vorbereitet.

In beiden Fällen werden die Studenten zur Mehrarbeit gezwungen, was bei vielen Studenten drastische Folgen hat, z.B. Wegfall des Bafögs wegen Überschreitung der Höchstförberungsdauer. Durch eine Versammlung der Diplomanden Ende 1977 muß unser weiteres Vorgehen geklärt werden.

Die Arbeit an spezifisch studentischen Problemen war mangelhaft, weil am Fachbereich 7 keine aktive Fachschaftsarbeit gemacht wurde. Gegen das Verbot des Institutsdirektors konnte im PC-Grundpraktikum mehrmals das Verteilen von Flugblättern und Fachschafts-Infos praktisch durchgesetzt werden. Angesichts der hohen Durchfallquoten im Physik-Vordiplom haben wir die Forderung einiger Studenten nach einer Vorlesung "Physik für Chemiker" unterstützt. Die Professorenmehrheit hat jedoch vor, diese Forderung in der Umstellung des Studienplans auf die Regelstudienzeit des HRG zu vermauscheln. Wir sind der Meinung, daß man der HRG-Anpassung nicht nur im LuSt-Ausschuß ganz entschieden entgegentreten muß, sondern daß die Studenten dazu selbständige Forderungen aufstellen müssen.

RICHTIGSTELLUNG

Entgegen der Bekanntmachung des Wahlamts, in der Michael Mrowitz auf der studentischen Liste für die Wahlen zum Fachbereichsrat 7 mit der Bezeichnung "Doktoranden" gekennzeichnet ist, ist Michael Mrowitz weder Doktorand noch wie die anderen mit "Doktoranden" gekennzeichneten Kandidaten auf der Liste von der Vollversammlung der wissenschaftlichen Mitarbeiter des Fachbereichs 7 dafür bestimmt worden.

Rechenschaftsbericht der studentischen Vertreter im Fachbereichs- rat des Fachbereichs 8

Zu Beginn unseres Rechenschaftsberichts eine Anmerkung: Der studentische Vertreter Biehl vom SLH wurde während seiner Amtszeit einmal bei einer Sitzung gesehen, sein Nachfolger Förster (SLH) nie! Die übrigen studentischen Vertreter der Basisgruppen waren regelmäßig anwesend.

Zur Situation der Fachschaft: Seit Mitte 1974 steht der Fachschaft ein Raum im Zintl zur Verfügung. Im Oktober 1975 erhält die Fachschaft endlich Schlüssel zu diesem Raum, nachdem der Fachbereichsrat seine Zustimmung erteilt hat. Bis zu diesem Zeitpunkt existierte für die Fachschaft lediglich ein Haus- und ein Fachschaftsraumschlüssel.

Im Mai 1977 stellt Prof. Grobe den Antrag im Fachbereichsrat auf Auflösung des Fachschaftsraums im Zintl (warum?) und Umwandlung desselben in einen Sanitätsraum. Wir lehnen dies entschieden ab und werden geeignete Schritte dagegen unternehmen. Wir sind zwar nicht gegen einen Sanitätsraum, aber nicht auf Kosten des Fachschaftsraums.

Zum gemeinsamen Lehr- und Studien (LuSt)-Ausschuß: Seit Jahren existiert in der Chemie ein Gremium, genannt "Lehr- und Studienausschuß". Man hätte es besser Club für unverbindliche Diskussionen genannt. Dieser hatte seit seiner Bildung keinerlei Entscheidungskompetenz und konnte lediglich Empfehlungen an die drei Chemie-Fachbereiche produzieren. Seine Aufgabe sollte es sein, in der Chemie eine Studienreform durchzuführen. Vertreten in diesem Ausschuß waren Professoren, Studenten und Wissenschaftliche Mitarbeiter aller drei Chemie-Fachbereiche. (Neben diesem Ausschuß existiert an der THD ein sog. Ständiger Ausschuß I für Lehr- und Studienangelegenheiten, der für den gesamten Bereich der TH zuständig ist und der eine Art Rahmenkompetenz hat).

Um diese Aufgabe wahrnehmen zu können, waren wir stets der Auffassung, daß der Ausschuß Entscheidungsbefugnisse benötigt. Die entscheidende Auseinandersetzung um die Bildung eines solchen Ausschusses und schließlich die Einrichtung spielte sich hauptsächlich während unserer Amtszeit ab:

Im September 75 stellten wir im Fachbereichsrat 8 den Antrag, einen gemeinsamen LuSt-Ausschuß der drei Chemie-Fachbereiche mit Entscheidungsbefugnis zu bilden. Der Punkt wurde zwar diskutiert, über Zusammensetzung und Entscheidungsbefugnisse hatten die Professoren aber

offensichtlich keine rechte Vorstellung. Zitat aus dem Protokoll der Sondersitzung des Fachbereichsrats des FB 8 vom 22. 9. 75:

"Der Dekan wird beauftragt, weitere Verhandlungen mit den Dekanen der Fachbereiche 7 und 9 über ein gemeinsames weiteres Vorgehen zu diskutieren." Unser Antrag wird nochmals auf der nächsten Sitzung behandelt.

(Während dieser Zeit existierte nach wie vor der alte LuSt-Ausschuß ohne Kompetenz, bis er sich Mitte 76 endgültig auflöste.)

Auf der genannten Sitzung wurde der Vorschlag gemacht, dem Ausschuß mit 12 Professoren, 6 Studenten, 2 wissenschaftlichen und 2 nicht-wissenschaftlichen Mitarbeitern zubesetzen, wobei noch geklärt werden sollte, ob ein Mandat der nichtwissenschaftlichen Bediensteten den wissenschaftlichen Mitarbeitern übertragen werden könne. In der gleichen Sitzung stellten wir erneut den Antrag, dem LuSt-Ausschuß Entscheidungsbefugnisse zu übertragen. Das war einer der wenigen Anträge, der einstimmig angenommen wurde.

Nachdem man bis April 76 beim LuSt-Ausschuß ohne Kompetenz keine Handlungsfähigkeit feststellen konnte, stellten wir den Antrag, eine Kommission mit Entscheidungsbefugnis zu beantragen, falls die Handlungsfähigkeit sich nicht entscheidend verbessert. Der Antrag wurde (wieder) einstimmig angenommen.

Etwa zur gleichen Zeit schlägt der LuSt-Ausschuß (ohne Kompetenz) den drei Chemie Fachbereichen vor, die Errichtung einer Kommission für Lehr- und Studien"plan"angelegenheiten mit Kompetenz zu beantragen.

Im Dezember 76 fordern die Professoren des Fachbereichs 9 ein Veto-recht für sich in diesem Ausschuß, was vom Fachbereichsrat 8 entschieden abgelehnt wird, kurz darauf, daß alle Ergebnisse 2/3 Mehrheit benötigen. Beide Ansinnen der Professoren im Fachbereich 9 wurde von der Rechtsabteilung der Präsidialverwaltung für nicht statthaft erklärt.

Im Januar 77 konnte endlich Einigkeit über die Zusammensetzung des Ausschusses erzielt werden.

Im Februar 77 wurde aufgrund einiger Mäuscheleien auf Professoren-seite die Kompetenz doch noch eingeengt. Daraufhin kündigten wir ein Sondervotum an, zogen dies, mit Rücksicht auf einen baldigen Arbeitsbeginn der Kommission und nach Zusage der Professoren des Fachbereichs 8, weitnöglichst nach unseren Vorstellungen zu verfahren, aber wieder zurück.

Allerdings fehlte den Professoren des Fachbereichs 8 in der entscheidenden Sitzung des LuSt-Ausschusses plötzlich das Erinnerungsvermögen.

Zum Habilitationsverfahren:

An der THD werden Habilitationen nach einer Habilitationsordnung durchgeführt. Nachdem die alte außer Kraft getreten war, verfuhrten die drei Chemie-Fachbereiche nach Übergangsbestimmungen, bis eine neue genehmigt wurde. Dabei versuchten die Professoren, die übrigen Mitglieder der Habilitationskommission und der Fachbereiche vom Habilitationsgespräch und der anschließenden Beratung über die Anerkennung der Habilitationsleistungen auszuschließen. Beides folgt dem Habilitationsvortrag, der neben der Habilitationsschrift Bestandteil der Habilitationsleistung ist.

Ein solcher Versuch wurde 1975 auch von Seiten der Professoren des Fachbereichs 8 unternommen. Sie stimmten einem Antrag zu, der vorsah, die übrigen Mitglieder der Fachbereichsräte auszuschließen. Das war eindeutig rechtswidrig, wie uns auf Anfrage von Seiten der Präsidialverwaltung bestätigt wurde (Nov. 75). Nachdem die Professoren höheren Amts von der Unrechtmäßigkeit ihres Tuns überzeugt werden konnten, stimmten sie unserer Auffassung einstimmig(!) zu.

Trotz der Rechtsauskunft gab es im Fachbereich 9 noch (mindestens) einen Unbelehrbaren. Professor Hafner besaß die Unverschämtheit, einen Brief an eine Professoren-Interessen -Organisation (ADUC) zu schreiben, indem er behauptete, in Darmstadt habe unter dem Druck der Studenten eine "Volkshabilitation" stattgefunden (Dez. 75, vgl. auch Chemie-Info Nr. 17). Diesem Brief Hafners mußten selbst die Professoren des Fachbereichs 8 entgegentreten, indem sie ihn wenigstens faktisch richtigstellten (Mai 76, vgl. Info Nr. 18).

Über dunkle Kanäle (Briefkästen) gelang es der Fachschaft, beide Papiere an sich zu reißen.

Inzwischen hat eine Senatskommission eine Habilitationsordnung erarbeitet, die voll unserer Rechtsauffassung entspricht und jetzt von den Fachbereichen übernommen werden muß. (Mai 76)

Zu den Praktika: Im Oktober 75 stellten die studentischen Vertreter den Antrag, in die Stundenpläne für die Dauer des HLA-Praktikums eine Zeit von 30 Wochenstunden aufzunehmen. Dieser Antrag wurde mit der Begründung abgelehnt, die genannte Zeit sei für das HLA-Praktikum zu hoch.

Zum HRG: Im Dezember 75 wurde das HRG von Bundestag und Bundesrat verabschiedet. schon im Januar legten wir eine Stellungnahme zum HRG im Fachbereichsrat 8 vor und beantragten Diskussion und Abstimmung über den Inhalt des Papiers.

Zitat aus dem Protokoll der 45. Sitzung des FBR 8 (jan. 76):

TOP 6: "Die Studenten legen eine umfangreiche Stellungnahme zum verabschiedeten Hochschulrahmengesetz vor und beantragen darüber eine Abstimmung. Da allgemein Informationsmangel über das neu erschienene Hochschulrahmengesetz herrscht, wird nach eingehender Diskussion der Antrag vertagt."

Im Mai 76 stellten die studentischen Vertreter im Fachbereichsrat den Antrag, die Lehrveranstaltungen während des HRG-Streiks abzusetzen. Der Antrag wurde von den Professoren abgelehnt.

Zu den Rahmenstudienordnungen (RSO): Vom hochschuldidaktischen Zentrum der THD in Zusammenarbeit mit dem Ständigen Ausschuß I (LuSt) wurde eine Rahmenstudienordnung für höheres Lehramt und Diplom Studiengänge erarbeitet. Nach ihrer Verabschiedung haben die Fachbereiche jetzt den Auftrag, ihre Studienpläne den Inhalten der RSO anzugleichen. Diese Inhalte sind insbesondere: Zu Beginn des Studiums steht eine Orientierungseinheit (Von Seiten der Basisgruppe Chemie wurde dazu ein Vorschlag ausgearbeitet und im Info Nr. 19 veröffentlicht), vorgesehen sind während des Studiums fachübergreifende Veranstaltungen (auch aus dem sozialwissenschaftlichen Bereich). Dazu gliedert sich das Studium in einen Pflicht- und einen Wahlpflichtbereich. Letzterer stellt ein Stoffangebot dar, woraus Lehrveranstaltungen gewählt werden müssen, die mindestens eine bestimmte Zahl von Wochenstunden umfassen. Des weiteren soll sie ein Studium in acht Semestern mit insgesamt 200 Semesterwochenstunden ermöglichen.

Diese RSO stößt in der Chemie seitens der Professoren auf erbitterten Widerstand (April, Mai 76). Im Fachbereichsrat wird eine Stellungnahme von Professor Elias zur RSO für das höhere Lehramt diskutiert und gegen die Stimmen der Studenten verabschiedet (Juni 76).

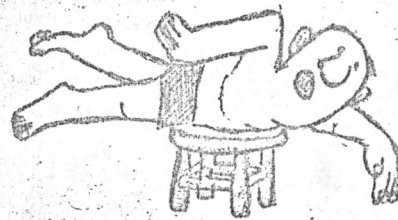
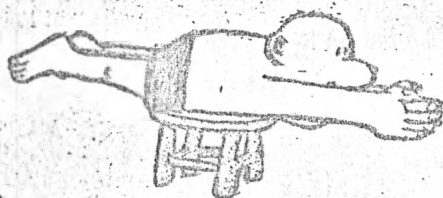
Grobe legt eine Stellungnahme zur RSO für Diplom-Studiengänge vor, die vom Fachbereichsrat wiederum gegen die Stimmen der Studenten verabschiedet wird. (Okt., Nov. 76). Hauptangriffspunkt aus Professorenseite: 200 Semesterwochenstunden und fachübergreifende Veranstaltungen. Ein Zusatzantrag zur Grobe-Vorlage wurde gegen die Stimmen der Studenten verabschiedet. Wichtigster Punkt: Ablehnung der verbindlich vorgeschriebenen sozialwissenschaftlichen Lehrveranstaltungen. Daraufhin legten wir eine eigene Stellungnahme zur RSO vor. Wir setzten uns kritisch mit ihr auseinander und machten Änderungsvorschläge. Insbesondere äußerten wir die Vermutung, daß mit der RSO die Regelstudienzeit vorbereitet werden solle.

Trotzdem: Insgesamt, mit den von uns vorgeschlagenen Änderungen, stellt die RSO unserer Meinung nach einen vernünftigen Rahmen für

ein Chemiestudium dar (Nov. 76).

Zum Numerus Clausus: Der Fachbereichsrat spricht sich gegen das Zuweisungsverfahren über die ZVS aus. (Juni 76).

Übrigens: Alle erwähnten Papiere und Beschlüsse können im Fachschaftsraum eingesehen werden. Die Fachschaft trifft sich jeden Mittwoch um 17.30 Uhr im Zintl Raum 89.



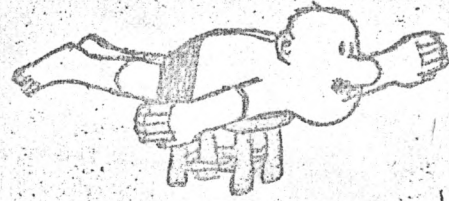
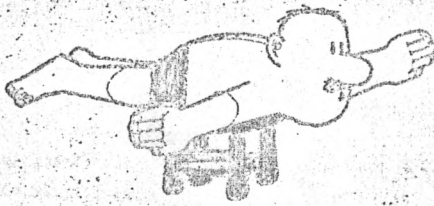
Rechenschaftsbericht Fachbereichsrat 9

Hier berichten wir nur ab Mai 76, da alles über unser erstes Amtsjahr (sic) im Rechenschaftsbericht der Fachschaftsvertretung für die Amtszeit 75/76 im Chemie-Info extra vom Juni 76 steht.

Bereits im Juli 76 hatten wir im Chemie-Info über den plötzlichen Sinneswandel der Profs berichtet, den LUST-Ausschuß mit Entscheidungskompetenzen auszustatten, um den HRG-Auswirkungen auf ihre "Studienplanautonomie" zuvorzukommen. Die Kommission erhielt Beschlußkompetenz ausschließlich für den Auftrag, "den Studienplan Chemie so umzugestalten, daß eine Absolvierung bis zum Beginn der Diplomarbeit in 8, längstens aber in 9 Semestern möglich ist." (Sitzung des FBR am 13.12.76) Um bei Abstimmungen im Ausschuß nicht überfahren werden zu können, wollten die FB-9-Profs ursprünglich ein Vetorecht für die Hochschullehrer eines Fachbereichs durchsetzen. Das kollidierte ebenso mit den Bestimmungen des HUG wie ihr folgender Versuch, für die Gültigkeit von Beschlüssen des Ausschusses eine 2/3-Mehrheit der Anwesenden festzulegen, und wurde daher von der Hochschulverwaltung nicht genehmigt. Außerdem hätten die Profs mit ihrer zweiten Idee fast ein Eigentor geschossen, da dies eine Sperrminorität für Studenten bedeutet hätte.

Wegen ihrer teilweise fortschrittlichen Inhalte schien die vom Ständigen Ausschuß 1 erstellte Rahmenstudienordnung (s. "Die Hochschule" vom 3. Mai 77) den studentischen Vertretern eine mögliche

3



4

Arbeitsgrundlage für die Arbeit im Ausschuß zu sein. Doch wegen dieser Inhalte wird die Rahmenstudienordnung von den Profs im FB 9 abgelehnt: "Der FB 9 beantragt eine Abkopplung der naturwissenschaftlichen Fachrichtungen bei der weiteren Diskussion der Rahmenstudienordnung mit folgender Begründung: In verschiedenen Bundesländern liegen inzwischen Entwürfe für Rahmenstudienordnungen für das Fach Chemie vor. Diese wurden durch Kommissionen erarbeitet, die nach den Bestimmungen des ERG zusammengesetzt sind. In den uns bekanntgewordenen Entwürfen ist eine Regelstudienzeit von 9 Semestern vorgesehen und ein Lerndeputat auf der Grundlage der GDCh-Empfehlungen festgelegt. Es erscheint daher wenig sinnvoll, in Darmstadt eine Rahmenstudienordnung zu beschließen, die von einer zu erwartenden bundeseinheitlichen Regelung in so gravierendem Maße abweicht." "Darüberhinaus lehnen wir verbindlich vorgeschriebene sozialwissenschaftliche Lehrveranstaltungen im Rahmen des Chemiestudiums ab. Wir sind der Meinung, daß die Studenten den außerhalb der fachspezifischen Lehrveranstaltungen verbleibenden Freiraum eigenverantwortlich gestalten sollen." (Beide Zitate aus dem Protokoll der FBR-Sitzung vom 1.11.76) Der von der Basisgruppe immer wieder geforderte Gesellschaftsbezug soll also weiter aus dem Studium ausgeklammert bleiben.

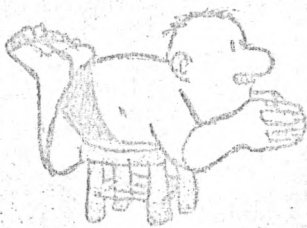
Um die auffällig lange Dauer der Diplomarbeiten im FB 9 zu begrenzen, schlugen wir vor, das Verlängerungsverfahren zu übernehmen, das im FB 7 nach einer Überschreitung von 6 Monaten angewandt wird. Das Echo der Profs auf unseren Vorschlag war vielfältig: Ein Prof "stellte klar", daß "die Diplomarbeiten von uns auf 6 Monate konzipiert" sind (Mitschrift aus der Sitzung vom 21. Juni 76), die meisten Diplomanden jedoch länger brauchten, um den international üblichen Standard zu erreichen. Zusammen mit einem andren beeilte er sich auch darauf hinzuweisen, daß die Diplomanden die Vorzüge des Hochschulstadions zu sehr zu schätzen wüßten. - Oh verdammt! Schließlich wurde der Antrag abgelehnt mit der Begründung, "daß es viel besser sei, anstelle eines weiteren bürokratischen Verfahrens darauf hinzuwirken, daß in Zukunft von den Arbeitskreisleitern der Zeitfaktor stärker beachtet wird (für die Anfertigung einer Diplomarbeit im FB 9 werden im Durchschnitt 10 Monate benötigt), und daß auf der anderen Seite die studentischen

Vertreter ihre Kommilitonen dahingehend unterrichten sollen, daß sich die Diplomanden ab sofort nach besten Kräften und mit Eifer um den Fortgang ihrer wissenschaftlichen Arbeiten bemühen und die zur Verfügung stehende Arbeitszeit auch wirklich voll nutzen." (Protokoll der FBR-Sitzung vom 21.6.76)

Zusätzlich zu den bereits bewilligten Dauerstellen werden vom FB Stellen beantragt für Elektronenspektroskopie, Analytik und Chromatografie, Technikum. Bereits 1975 wurden die Studenten trotz der Kritik der Firma SAPCO zur Unterstützung einer FBR-Stellungnahme für den Erhalt des Technikums bewogen. Damals wurde uns versprochen, daß das Technikum in das Fortgeschrittenenpraktikum eingegliedert würde. Dazu ist jedoch noch immer keine Konzeption bekanntgeworden, so daß wir dem Antrag auf Schaffung der Dauerstelle nicht zustimmten.

Dem FB 9 stehen rd. 151000 DM im Jahre 77 zur Bezahlung von Hilfsassistenten zur Verfügung - genau wie 1976. Das bedeutet unter Berücksichtigung der Tarifierhöhungen eine Stellenverringerung. Neben einer Beeinträchtigung der Lehre bewirkt dies auch eine Verschlechterung der Situation der Doktoranden. 165 Doktoranden werden aus Hilfsassistentengeldern und Drittmitteln bezahlt, 36 haben BAT II a - Stellen. Wie die Dekane fordern, sollen diese 165 wenigstens als "rechnerische Studenten" in der Haushaltszuweisung berücksichtigt werden, was eine Erhöhung des Professorennetats bedeutet. Unser Vorschlag, mit dem Hinweis auf die Situation der Doktoranden im FB beim Präsidenten und Kultusminister wegen Erhöhung der Hilfsassistentengelder vorstellig zu werden, wurde zurückgewiesen.

Die 3 chemischen Fachbereiche sind vom Präsidenten aufgefordert, einen Beitrag zur Festschrift "100 Jahre THD" zu liefern. Der dazu von



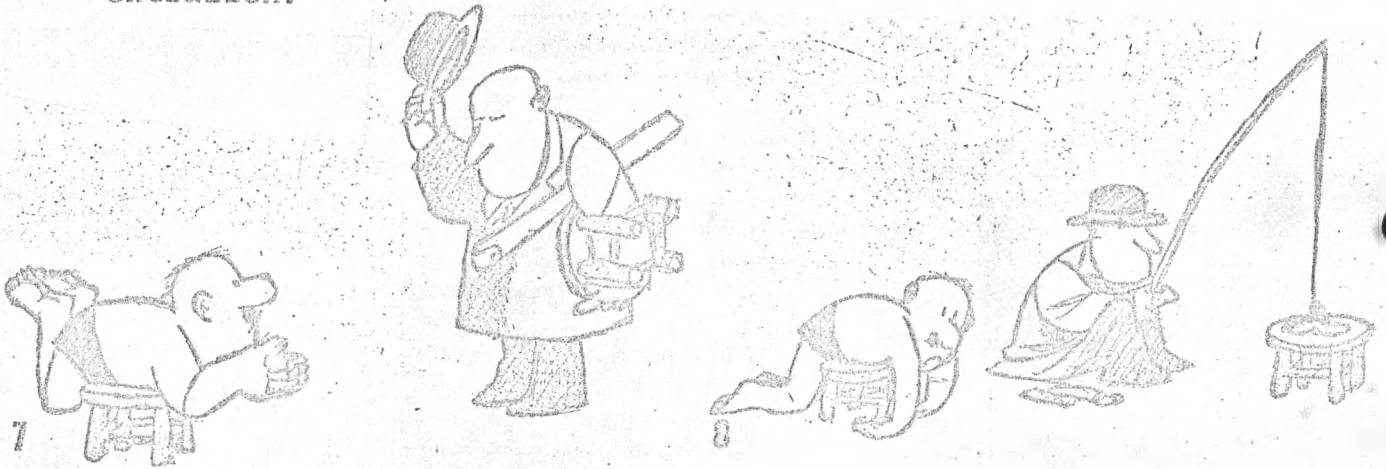
5



6

seinen Kollegen für kompetent befundene Kohlschütter (Em.) bearbeitete allerdings nur die Geschichte der alten Fakultät von 1946 bis 1971. Die Redaktion der Festschrift bestand aber darauf, daß die Chemiker das neuerliche Jubiläum dazu benutzten, die seit der Gründung der BPD nicht erfolgte Vergangenheitsbewältigung (konkret: "braune Flecken" in der Festschrift von 1936 - nach Meinung der Festschriftredaktion) nachzuholen. Der alte Schöpf sei über solchen Verdacht erhaben, reagierten seine Nachfolger in akademischen Ehren empört.

Am 5.2.76 beantragten wir, daß der FBR das HRG ablehne, um die Profs Farbe bekennen zu lassen. Sie drückten sich: Die Behandlung des Antrags wurde vertagt, weil die Profs das neue Gesetz noch nicht genau kennen würden - so sagten sie - und nicht geklärt sei, ob ein FBR überhaupt zum HRG Stellung nehmen dürfe. Falls es im nächsten Wintersemester zu einem Streik gegen das HRG kommt, kann dieser alte Antrag zwanglos aus der Versenkung geholt werden, um die Profs zu ärgern. Die üblichen warmen Worte zum Abschied scheidender Gremienmitglieder entfallen.



Die Kandidaten :

Für die Wahlen zu den Fachschaftsvertretungen:

Im Fachbereich 7:

1. Michael Schneider
2. Luise Krenzer
3. Thomas Steinkopff

Im Fachbereich 8:

1. Dieter Meisel
2. Ulrike Laux
3. Annemarie Lang

Im Fachbereich 9:

1. Hans Christian Flöter
2. Bettina Schröder
3. Malte Frank
4. Thomas Bös

und

Für die Wahlen zu den Fachbereichsräten:

Im Fachbereich 7:

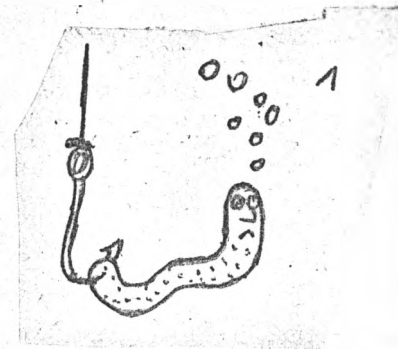
1. Tobias Macholdt
2. Dietmar Henning
3. Michael Schneider
4. Roland Spahl
5. Hermann Schweinfurth
6. Fritz Gärtner
7. Michael Mrowietz

Im Fachbereich 8:-

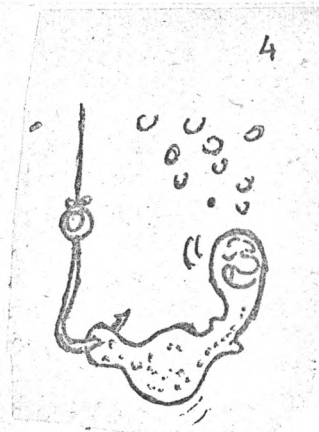
1. Dieter Meisel
2. Manfred Becker
3. Cäcilia Glück

Im Fachbereich 9:

1. Hans Christian Flöter
2. Malte Frank



Im übrigen kandidieren Hans Christian Flöter und Dieter Meisel auf der Liste der Basisgruppen für den Konvent.



PLATTFORM DER CHEMIELEHRERGRUPPE ZU DEN FACHSCHAFTSVERTRETUNGS-
WAHLEN IM FACHBEREICH 9

Die Chemielehrergruppe ist entstanden aus einer Arbeitsgruppe im Streik während des Sommersemesters 76. Wir - Chemielehrerstudenten aus verschiedenen Semestern - haben uns zusammengeschlossen gegen die Verschlechterung der Studienbedingungen und die Schürung der Konkurrenz unter den Studenten, insbesondere in der Chemie.

So haben wir zu Beginn des Semesters ein Info herausgebracht über die miese Situation in den beiden großen Praktika und in den Vortragsübungen, damit weitere Verschlechterungen nicht klammheimlich über die Bühne gehen können und die betroffenen Studenten sich dagegen wehren können.

Trotz des Protests vieler Studenten wurde aber die Benotung der organischen Vorträge durchgesetzt. Begründung von Prof. Neunhoefffer: Für die Gewerbelehrer sei die Nichtbenotung der Vorträge sowieso schon immer am Rande der Legalität gewesen. Die Prüfungsordnung für Gewerbelehrer schreibt benotete Scheine für den Zeitraum nach der Vorprüfung vor, die Gymnasiallehrer wurden wohl wegen der Chancengleichheit gleich mit einbezogen.

Ebenfalls zu Beginn des Semesters haben Kommilitonen Unterschriften gegen Listen und Seminarrausschüsse in der Pädagogik gesammelt. Dies ist nichts Neues, auch in den vorangegangenen Semestern wurde ähnliches unternommen. Es ist wichtig, daß in jedem Semester Studenten von Neuem die Initiative in dieser Richtung ergreifen. Das Direktorium des Fachgebiets Pädagogik hat sich bis heute nicht bereitgefunden, eine Stellungnahme abzugeben, es werden Semester für Semester solche Seminarbeschränkungen durchgeführt.

Indem wir solche Selektionsmaßnahmen nicht mitmachen, kämpfen wir gegen die Verschärfung der Konkurrenz unter den Studenten. Aber dadurch werden die Seminare nicht kleiner, so daß man sich mit dem



Lehrstoff immer schlechter auseinanderzusetzen kann, dadurch wird die Stellensperre für die Pädagogik nicht aufgehoben, die der Kultusminister verordnet hat (siehe letzte Ausgabe "Die Hochschule": Pädagogik gehört zum sog. Minus-Bereich, d.h. zur Zeit 5 Professoren in Pädagogik und Berufspädagogik für ca. 2000 Lehrenderstudenten). Uns geht es aber darum, daß sich ein Lehrer während seiner Ausbildung Klarheit über Ziel und Zweck der Ausbildung verschaffen kann.

Das Chemielehrerstudium soll ebenso wie alle anderen Studiengänge in spätestens einem Jahr dem Hochschulrahmengesetz angepaßt werden. (Regelstudienzeit von 8 Semestern, jetzige durchschnittliche Studiendauer: Gymnasiallehrer 10,9 Semester, Gwl-Vollstudium 9,8 Semester.

Die "Erhöhung" des Bafögs um 30 DM Darlehen ist ein blanker Hohn, sinken die "Förderungsbeträge doch absolut gesehen und fallen immer mehr Studenten überhaupt aus der "Förderung" heraus.

Angesichts dieser Situation stellt sich für viele Studenten die Frage, ob wir überhaupt etwas erreichen können gegen die staatlichen Angriffe auf die Studienbedingungen. Können Studenten ihr elementares Recht auf Widerstand gegen diese Angriffe überhaupt durchsetzen?

Dieses Problem läßt sich nur durch bundesweite und bundeseinheitliche Aktionen angehen. Einzelne Streiks können zusammenbrechen, einzelne Aktionen können isoliert niedergeschlagen werden. Ein bundesweiter Streik entsteht nicht aus dem luftleeren Raum und auch nicht dadurch, daß eine Hochschule nach der anderen streikt, sondern nur dadurch, daß sich die Studenten bewußt organisieren und koordiniert durch die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) zu einheitlichen bundesweiten Aktionen übergehen.

Die brennendste Frage der Studentenbewegung ist dabei die Überwindung der Spaltung, die Herstellung der Aktionseinheit gegen alle Bestrebungen, die Studienbedingungen weiter zu verschlechtern. Hier sind Regierung und Kultusbürokratie zu nennen, die die Bedingungen unsere Ausbildung einseitig durch Gesetze und Verordnungen festlegen, z.B. einseitig Stellenkürzungen vornehmen und einseitig die Benotung der Scheine bei den Gewerbelehrern vorschreiben.

Allen staatlichen Maßnahmen gemeinsam ist unsere völlige Entrechtung: Wir dürfen nicht gegen die Neueinführung von Klausuren vorgehen,



... kommt auf
leisen Sohlen,
Euch ...

denn das fällt unter die Freiheit der Lehre, wenn wir den Professor in seiner Lehrveranstaltung deshalb zur Rede stellen, können wir nach dem HRG von der Hochschule fliegen (Ordnungsrecht), wir müssen in Labors arbeiten, wo die Abzüge so schlecht sind, daß kein Chemielaborant darin arbeiten würde (Zintl), wir haben nicht einmal das Recht, vom Staat Geld zu verlangen für die Benutzung oder wenigstens teilweise Blockierung unsere Arbeitskraft während der Hochschulausbildung (Jobben bei vollem Studium ist nicht drin), wir haben erst recht kein Streikrecht.

Dagegen müssen wir uns zusammenschließen, wie in einer Gewerkschaft, für gewerkschaftliche und politische Rechte, konkret für das Streikrecht und für das Recht, Tarifverträge über die Sicherung des Lebensunterhalts, Dauer und sonstige Bedingungen des Studiums abschließen zu können (Tarifverträge zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften gibt es nicht nur über die Bezahlung, sondern auch über Arbeitsbedingungen).

Um die Voraussetzungen für erfolgreiche Maßnahmen gegen das HRG und gegen die miesen Studienbedingungen zu schaffen, ist die Durchsetzung der tariflichen Absicherung unserer materiellen Existenz und das Streikrecht unabweisbar, denn Bafög-Entzug und Semesteraberkennung sind die wirksamsten Mittel, um die Solidarität der Studenten zu untergraben. Deutlich sieht man das am knappen Urabstimmungsergebnis über den Streik an der Darmstädter Fachhochschule. Die Durchsetzung dieser Forderungen bedeutet gleichzeitig die praktische Anerkennung der VERTRETUNGSrechte der ASTen und Fachschaften sowie der Vereinigten Deutschen Studentenschaften durch Bundes- und Landesregierung und die praktische Außerkraftsetzung des Ordnungsrechts.

Wir wollen darum den Informations- und Meinungsaustausch am Fachbereich fördern und die Kontakte der Studenten untereinander verbessern, da wir hierin eine wichtige Voraussetzung für gemeinsames Handeln sehen. Dieser solidarische Zusammenhalt muß Grundlage für bundesweite Aktionen sein.

Zu diesem Zweck streben wir eine enge Zusammenarbeit mit der Basisgruppe Chemie und den Basis- und Fachgruppen der anderen Fachbereiche an.

Bettina Schröder 6. Semester Gwl Chemotechnik/
Sozialkunde

Thomas Bös 6. Semester HLA Chemie/ Physik

..... hi hi hi hi hi hi hi hi

"Hochschuldidaktische Gespräche"

Was bitte ist "Orientierungseinheit"?

Bert: Also, Orientierungseinheit, kurz OE, das ist wenn du's am Anfang vom Studium leichter hast.

Joseph: Wie bitte?

B.: Also: Da kommt einer an die Uni, kennt dort kein Schwein. Da sollen jetzt die ersten drei Wochen vom Studium sone OE eben sein.

J.: Aha! Und die Studenten haben dann keine Vorlesungen und so?

B.: Ne, natürlich nicht. Die Leute sollen ja nicht rotieren. Die sollen sich als erstes mal selbst kennen lernen und kein Schiß mehr voreinander haben. Und dann sollen sie natürlich auch ihr Studienfach und den Unibetrieb kennen lernen. Das sind sogenannte Lernziele.

J.: Lernziele, aha. Was gibts denn da sonst noch so an Lernzielen?

B.: Laß mal überlegen. Da wäre erstmal das Lernen in Gruppen zu arbeiten. Dann Hintergründe von Wissenschaft und Forschung erkennen lernen. Überhaupt sollen die Leute mal sehen, daß nicht alles so schön harmonisch und logisch gelaufen ist, wie es in den Lehrbüchern steht. Sehr wichtig ist, daß die lernen ihre Interessen selbst zu vertreten. Ach ja, die Studenten sollen auch was von der Tatsache der unterschwelligen Beeinflussung erfahren.

J.: Hilfe

.... grrrrrrr

B.: Das ist doch ganz einfach. Es gibt da Sachen, die bekommste so halt mit, ohne das sie in der Vorlesung gesucht werden. Kein Prof stellt sich vorne hin und sagt: "Jetzt erzähl ich euch was von Anpassung." Ihr merkt nur, wenn ich das und das tue hab ichs bei dem Typen leichter. Das ist jetzt natürlich stark vereinfacht.

J.: Ja, jetzt versteh ich das.

B.: Genau. Und um diese Lernziele zu erreichen, gibts passend dazu die Lernsituationen. Da soll diskutiert werden über irgendwelche Texte, die sowas behandeln oder Planspiele gemacht werden.

J.: Wasn das?

B.: Das ist ein Spiel, aus dem man was lernen kann. In Hamburg an der Uni in Chemie, da haben die ja schon länger sone OE. Die haben auch Planspiele zur Akademischen Selbstverwaltung gemacht, weißt du, um so zu zeigen was das ist. Als Thema hatten die die Berufung eines Professors. Einige Studenten spielten den Fachbereichsrat, andere die Fachschaft und politische Gruppen. Und die haben sich dann richtig gekloppt, wie es halt in Wirklichkeit auch ist

J.: Jetzt sag mal, was haben denn die Leute von der Oe gehabt, wenn die drei Wochen um sind.

B.: Ja wir hoffen, daß sie ein leichteren Anfang gehabt haben, daß sie auch weiter in Gruppen arbeiten, weils das Lernen leichter macht, und daß sie in stärkerem Maße ihre Interessen selber vertreten, in der Fachschaft und so.

J.: Ja das ist wirklich eine schöne Sache, eine Orientierungseinheit. Und wenn die vorbei ist, dann können alle bis zum Ende studieren, es gibt dann also keine Studienabbrecher mehr?

B.: Das ist natürlich Blödsinn, denn wenn einer merkt das Chemie nicht das Richtige für ihn ist, dann kann er schon nach drei Wochen oder einem Semester wieder aufhören. Schlimm ist es immer, wenn einer erst kurz vor dem Diplom merkt, daß ihn die Chemie ankotzt.

J.: Was ich immer gesagt habe. Wenn mir sonst noch was unklar ist, an wen kann ich mich denn da wenden?

B.: Also du kannst zur Fachschaft oder zu den Leuten von der Arbeitsgruppe Hochschuldidaktik gehen. Die haben ein Papier zur OE rausgebracht, was auch mal im Chemie-Info abgedruckt worden ist. Vielleicht interessiert es dich ja so, daß du in der Gruppe mitarbeiten willst. Das sind nur wenige und können jeden brauchen.

J.: Ich werds mir mal überlegen.

.... bald zu holen .

Zur VDS-MV:

Die Vereinigten Deutschen Studentenschaften vertreten als Zusammenschluss der Studentenschaften der Bundesrepublik ca. 800000 Studenten auf Bundesebene gegenüber Öffentlichkeit Regierung und Parlament. In dieser Funktion ist die vds in der Lage, bundeseinheitliche Massnahmen gegen die Realisierung des HRG an den Hochschulen zu organisieren. Dazu ein Zitat aus der Hauptresolution der 2. ordentlichen Mitgliederversammlung zu den Aufgaben der vds: "Die Durchsetzung des HRG an den Hochschulen und Fachbereichen, die Umsetzung der Kernbestimmungen des HRG in die Landeshochschulgesetze muß verhindert werden." Am 27.5.1977 sollte eine außerordentliche VDS-Mitgliederversammlung unter anderem auch zu diesem Thema stattfinden, die jedoch mit folgender Begründung ausfiel: Die Basisgruppenfraktion stellte am Vortage auf der Zentralratssitzung des VDS den Antrag, auf Grund

der Polizeieinsätze gegen den Göttinger AStA die Tagungsstätte der MV von Dortmund nach Göttingen zu verlegen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Daraufhin zog ein Großteil der Basisgruppenfraktion unter dem Hinweis aus, am übernächsten Tag (Sonntag) wieder anwesend zu sein. Mit der Begründung, ohne die BGs keine repräsentativen Entscheidungen fällen zu können, wurde dem Antrag des MSB-Spartakus auf Nichteröffnung der MV statt gegeben.

Wir fragen uns allerdings, ob auf Grund der zeitweisen Abwesenheit von ungefähr 10 Delegierten die MV auf unbestimmte Zeit ausgesetzt werden mußte.

Um der Gefahr zu begegnen, daß überhaupt keine Vorbereitungen für Maßnahmen - wie Urabstimmung zum Streik - getroffen werden, wodurch dann die bundesweite Vereinheitlichung des Kampfes gegen das HRG in Frage steht, stellen wir folgenden Antrag auf der VV am Dienstag, den 14.6. zur Abstimmung:

Die Vollversammlung möge beschließen:

Der VDS Vorstand wird hiermit aufgefordert, zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung noch in diesem Semester einzuladen, die die Urabstimmung über den Streik im Wintersemester 77/78 bis spätestens Anfang des Wintersemesters beschließt und organisiert.



"Schau mein Junge, mein Großvater war Gartenzwerg, mein Vater war Gartenzwerg und ich, dein Vater, bin auch Gartenzwerg.
- Gibt dir das nicht zu denken?"

HRG UND STREIKFRONT

Am 26. 1. 1976 wurde im Bundestag nach mehrjährigen politischen Auseinandersetzungen das HRG verabschiedet. Danach hat sich nach zum Teil heftigen Kontroversen zwischen den Reihen der Herrschenden eine relativ einheitliche, geschlossene Konzeption für die künftige Entwicklung der Hochschulen herauskristallisiert. Sie kam durch den Verzicht der SPD - Führung auf die in früheren Zeiten von ihr vertretenen integrationistischen Variante der Hochschulformierung zustande. Während diese gewisse Teilzustandnisse an die Forderungen der Studenten und Gewerkschaften enthielt, zeigt das HRG die völlige Anpassung an den von CDU/CSU und Unternehmerverbänden seit langem geforderten "harten Kurs" gegen die Studenten und fortschrittlichen Hochschulangehörigen, bei gleichzeitiger verstärkter direkter Einflußnahmen von Staat und Unternehmern auf die Ziele und Inhalte der Hochschul- ausbildung.

Insgesamt haben sich Bundesregierung und Unternehmerverbände für ihren Kampf um die Unterwerfung der Hochschulen im Laufe des letzten Jahrzehnts ein Instrumentarium geschaffen, das folgende ineinandergreifende Hebel umfaßt:

- soziale Mittel zur Auslese und Disziplinierung (Schrumpfung der Ausbildungsförderung, Darlehensregelung im BAFöG und GradFöG)
- repressive Mittel, wie zunehmende Reglementierung der Hochschulangelegenheiten durch die Kultusbürokratien (Haushaltsrecht, Kapazitätsverordnungen, Numerus Clausus etc.), wie Berufsverbote, Ordnungsrecht und andere demokratiefeindliche Bestimmungen im HRG
- sowie politischer Mittel in Form der Förderung solcher Organisationen wie Bund Freiheit der Wissenschaften und RCDS, die Ziele der Herrschenden direkt oder indirekt an den Hochschulen fördern.

Wenn die Verabschiedung des HRG gewissermaßen den Schlußpunkt unter die Konzipierungsphase der Hochschulformierung gesetzt hat, so ist der Kampf um die Durchsetzung dieses Konzepts damit keineswegs beendet!

Durch die formalen Anpassungsfristen (drei Jahre), bis zu denen die Länderhochschulgesetze an die Bestimmungen des HRG angepaßt werden sollen, wird in etwa der zeitliche Rahmen für den Kampf um die Durchsetzung der Hochschulformierungspläne abgesteckt.

Bisher haben bereits mehrere Bundesländer (Bremen, Hamburg, Niedersachsen) Gesetzentwürfe vorgelegt. Es wird erwartet, daß zu Beginn des nächsten Semesters auch in Hessen ein Referentenentwurf veröffentlicht wird. Die bisherigen Erfahrungen lassen auch für diesen Entwurf auf eine restriktive Auslegung der im HRG zugelassenen Spielräume schließen.

Auf mehreren Ebenen wird bereits jetzt versucht, die zentralen Bestimmungen des HRG durchzusetzen:

- Vor einigen Wochen wurde ein Referentenentwurf bekannt, der sich mit der verfaßten Studentenschaft befaßt und auf der letzten Konferenz der hessischen Universitätspräsidenten diskutiert wurde (vgl. WUB Nr. 11, Juni 77). Dieses aus der Uni Frankfurt stammende Papier sieht die fast völlige Lahmlegung der verfaßten Studentenschaft vor: kein politisches Mandat, totale Staatsaufsicht, Abschaffung des Fachschaftsrats als gewähltes Vertretungsorgan der Studenten, Möglichkeit der Auflösung der studentischen Vertretungsorgane (AStA, StuPa) auf drei Jahre, persönliche Haftbarmachung der gewählten Studentenvertreter.

- Seit Anfang dieses Jahres liegt ein Hochschulentwicklungsplan für Hessen vor, der die Bildungsmisere über Jahre hinaus festschreibt oder gar verschärft (vgl. WUB Nr. 10, Mai 1977; DIE HOCHSCHULE Nr. 71, Feb. 1977; DIE HOCHSCHULE Nr. 72, Feb. 1977, sowie die Stellungnahme der ständigen Ausschüsse I, II, III in DIE HOCHSCHULE Nr. 74, Mai 1977). Wesentliche Punkte sind: Überlastquote von zusätzlich 25 %, weiterer Personalabbau, teilweise Verlagerung auf Selbststudium, Überlastung der Lehrenden durch zusätzliche unentgeltliche Arbeitsleistungen, Einführung von Studienjahren mit Trimestern.

- Nach Verabschiedung einer Rahmenstudienordnung für die THD sollen die Fachbereiche bis spätestens Herbst neue Studienordnungen entsprechend der RSO ausarbeiten, in der es im Punkt vier kurz und knapp heißt: "Der Studiengang ist auf acht Semester anzulegen". Mit einer solchen Studienordnung soll die Regelstudienzeit vorbereitet werden. Wir dürfen gespannt sein, was die gemeinsame Studienplankommission der drei Fachbereiche (Vorsitz Prof. Kreher) da für uns austüfteln wird.

Diese Formierungspläne der Herrschenden können und werden nicht widerspruchsfrei hingenommen werden. Gerade in diesem Semester, in dem ja durch verschiedenartigste, dezentrale Kampfaktionen der bundesweite Streik aller Hochschulen vorbereitet werden soll, hat die Aktionsbereitschaft der Studenten einen großen Aufschwung genommen. Wenn man jetzt, etwa zur Halbzeit des Semesters eine Zwischenbilanz ziehen soll, so kann man sagen, daß dieses Semester, was die Geschlossenheit und Breite der Aktionen angeht, das bisher aktivste der letzten Jahre ist.

In vielen Bundesländern, wie in Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein - Westfalen gibt es landesweite Streikaktionen. In Hessen streiken die Fachhochschulen, seit Montag wird in der Uni Marburg gestreikt. In den bayrischen Hochschulen laufen die Vorbereitungen zu einem landesweiten Streik (der erste in Bayern). Insgesamt kann man davon ausgehen, daß zur Semesterhalbzeit (Mitte Mai) sich ca. 50 Hochschulen im Streik befanden.

Schon diese erste Halbzeit der Streikaktionen signalisierte: An den Aktionen beteiligten sich so viele Studenten wie lange nicht zuvor. Wo gestreikt wurde, blieb die Streikfront fest, Streikbrechery gab es nur wenige.

Als starker Motor für ~~den~~ das Engagement, Phantasie und gemeinsames Handeln haben sich die sog. "Demokratischen Hochschulen" erwiesen. Sie ermöglichten vielen Kommilitonen zum erstenmal eine aktive Teilnahme am Streik, und sie erhöhten gleichzeitig den Organisationsgrad während des Streiks. So war es zum Beispiel in Hamburg möglich, innerhalb von Stunden rund 1500 Studenten für eine Aktionsberatung zu mobilisieren, nachdem die Universitätsschließung angedroht war.

Weiterhin gelang es an vielen Hochschulen, die Unterstützung der Hochschullehrer, der Bediensteten und der Gewerkschaften zu gewinnen. In Hamburg riefen die Hochschullehrer zur Demonstration auf, und es beteiligten sich etwa 500 Hochschullehrer in einem eigenen Hochschullehrerblock an der Demonstration.

Fazit: Wir haben bereits heute den Regierenden in Bund und Ländern signalisiert, daß sie bei allen Versuchen, das HRG durchzusetzen, auf den erbitterten Widerstand der Studenten stoßen werden.

Das haben einige von ihnen schon gemerkt. In Baden - Württemberg sind die barbarischen Kürzungspläne offensichtlich vorerst wieder in den Schubladen der Landesregierung verschwunden. In Nordrhein - Westfalen versucht Kultusminister Rau abzuwiegeln und erklärt, beim Landeshochschulgesetz "handele es sich nur um einen Referentenentwurf", und in das gleiche Horn tutet plötzlich auch Hamburgs Zweiter Bürgermeister Biallas.

Vor allem fürchten sie, daß es beim SS nicht bleibt, daß dies der Auftakt war. Die FAZ hat in diesem Sinne recht, wenn sie von einer "Generalprobe" spricht. Und Biallas hat sich bereits auf den von dem VdS für das WS vorgeschlagenen bundesweiten Streik eingestellt: "Ein großer Streik könnte unter Umständen eine Modifizierung des Hochschulrahmengesetzes bewirken. Die Bereitschaft der sozial - liberalen Koalition, noch einmal zu verhandeln, ist zwar nicht sehr groß, aber vorhanden." (Die Zeit, 13. 5. 1977)
Nun, dieser Bereitschaft sollten wir nachhelfen!

M. Mrowietz



Also
dann:
Los!